

Im Herzen leben die Kinder weiter

Verzweifelte Eltern kämpfen um Würde und Anerkennung von Fehl- und Totgeburten

Mit einer Petition will ein Ehepaar einen Eintrag seiner totgeborenen Kinder in die Familien-Stammbücher erreichen. Schon 19000 haben unterzeichnet.

Von Johannes Laubach

Brechen. Die Trauer kommt plötzlich. Und mit ihr der Schmerz. Egal wo sie sind. Ein lautes Kinderlachen. Ein Schrei. Das können die Auslöser sein. Barbara und Mario Martin sind Eltern, dreifache sogar. Doch Joseph-Lennard oder die Zwillinge Tamino-Federico und Penelope-Wolke laufen nicht um sie herum, werden nicht im Kinderwagen geschoben. „Sie sind im Himmel“, sagen die Eltern. Sie sind tot. Es sind Sternenkinder.

Bis auf Penelope haben es die Kinder noch nicht einmal als Eintrag ins Stammbuch geschafft. Sie sind nichts, so als hätte es sie nie gegeben. Und dennoch waren sie da. Sind gewachsen im Bauch der Mutter, viele Wochen lang. Sind geboren worden, doch bei der Geburt waren sie tot und zu leicht. Das registrierte Leben in Deutschland beginnt erst mit einem Gewicht von 500 Gramm. Der Beweis dieses kurzen Lebens findet sich allein im Schwangerschaftspass.

„Man steht komplett hilflos, kopflos da, auf die Situation kann man sich nicht vorbereiten“, sagt Barbara Martin. Das schlimmste für Eltern ist der Tod der Kinder, egal wie groß sie sind. Barbara und Mario Martin haben das drei Mal erlebt. Sie sitzen im Wohnzimmer ihres Hauses in Niederbrechen bei Limburg. Die Wohnung ist offen gestaltet, Küche und Wohnraum gehen ineinander über. Es gibt ein Kinderzimmer und es gibt Erinnerungen an die Kinder. Tiere zum Knuddeln, ein paar Spielsachen, Fotos auf einem Bord, der Ministrampel von Penelope hinter dem Tisch und schließlich die eintätowierten Fußabdrücke und Initialen der Kinder auf den Unterarmen der Eltern.

„Es wird totgeschwiegen.“

Fehlgeburt, Totgeburt, Abort – damit müssen die Betroffenen zunächst einmal selbst klar kommen. „Darüber wird nicht gesprochen, es wird totgeschwiegen“, sagt Mario Martin. Der 35-Jährige, der mit seiner Frau zusammen einen Frisör salon führt, ist erst vor wenigen Wochen wieder ins Arbeitsleben eingestiegen. Er hat es zuvor nicht geschafft, musste eine Auszeit nehmen. Das Ehepaar hat auch therapeutische Hilfe in Anspruch genommen, um über den frühen Tod der Kinder hinwegzukommen.

Und sie haben ein großes Ziel: Sie möchten für betroffene Eltern ein Recht, ihre früh verstorbenen Kinder im Stammbuch der Familie eintragen zu lassen, dass der Staat sie anerkennt, auch wenn sie tot zur



Oben: Barbara und Mario Martin trauern am Grab ihrer drei Sternenkinder. Rechts: Das Grab der Kleinen mit einem Engel für Penelope, einem Hasen für Joseph-Lennard und einem Bären für Tamino. Fotos: Laubach

Welt kommen und leichter als 500 Gramm sind. 60 Gramm haben ihrem Joseph-Lennard gefehlt. Und mit einer gesetzlichen Anerkennung durch das Personenstandsgesetz wird es dann auch einfacher, eine letzte Stätte für die Kinder zu finden. Die Friedhofsordnungen sind zwar Sache der Städte und Gemeinden, doch wer nach dem Gesetz nicht als Mensch anerkannt ist, erhält oft auch keinen Platz für die letzte Ruhe. Das Ehepaar hat deshalb eine Unterschriftenaktion für eine Petition gestartet.

Einfach so medizinisch entsorgt

Joseph-Lennard und seine Geschwister Tamino und Penelope haben einen gemeinsamen Platz gefunden. Sie sind im Grab von Mario Martins Großeltern beerdigt. Die Eltern haben einen Ort für die Trauer, für ihr Gedenken. Viele Eltern von Frühgeborenen ist das verwehrt. Ihre Kinder haben für medizinische Zwecke Verwendung gefunden,

wurden medizinisch und hygienisch entsorgt oder sind anonym bestattet worden. „Wir haben mit vielen Betroffenen Kontakt, die nicht wissen, wo ihre Kinder sind“, erzählt Mario Martin.

Innerhalb eines Jahres hat das Ehepaar seine drei Kinder verloren. Die Schwangerschaft mit Joseph-Lennard war völlig unkompliziert, erzählt die Mutter. Doch dann kamen ein harter Bauch, etwas Blut und im Krankenhaus eine geplazte Fruchtblase. Barbara Martin wurde zwei Tage später von Limburg nach Wiesbaden verlegt. Liegen, liegen war die Devise, dazu gab es Wehenhemmer und Antibiotika. Doch der Körper der Schwangeren reagierte mit Allergien. Wehenhemmer und Antibiotika wurden sofort abgesetzt, die Entzündungswerte stiegen, die Körpertemperatur auch. Das Leben der Mutter war in Gefahr, das des Kindes auch. Die Wehen setzten ein, wurden stärker und der Kleine wurde im sieb-

ten Monat nach vier Wochen Krankenhausaufenthalt geboren. Er hatte keine Chance. Die Lungenfunktion war zu schwach. Die Mutter ist überzeugt: „Joseph-Lennard hat sich für mein Leben entschieden.“

Zuspruch von der Familie

„Viele haben Geschenke gebracht, nachgefragt, haben geschrieben – andere haben sich so verhalten, dass es für uns eine schmerzhafteste Erfahrung war“, beschreibt Mario Martin die Reaktionen zu Hause auf das Ende der Schwangerschaft mit einem toten Kind. Der Freundeskreis hat sich in den Wochen danach deutlich reduziert. „Wir sind erst einmal nicht mehr aus dem Haus gegangen“, berichtet er. Umso größer war die Freude bei der

zweiten Schwangerschaft. „Das Risiko ist von den Ärzten als ganz gering eingestuft worden. Immer wieder wurde uns deutlich gemacht, dass eine zweite Fehlgeburt so gut wie ausgeschlossen ist“, erzählt Barbara Martin. Und dennoch war sie da: die Angst neben der Hoffnung. Ein dichtes Netz der Vorsorge wurde aufgebaut. Alles verlief wieder normal, bis zur 18. Schwangerschaftswoche. Bei einem Routine-Termin zeigte sich der Muttermund leicht geöffnet, die Fruchtblase schaute hervor und drohte zu platzen. Wieder Klinik, wieder liegen, dennoch Hoffnung auf eine Geburt mit lebenden Kindern.

Ohne Chance zum Überleben

In der 21. Woche platzte die Fruchtblase: die selben Ärzte, die selbe Hebamme, das selbe Zimmer wie bei Joseph-Lennard. Keine Wehen bei der Untersuchung, doch zurück im Zimmer setzten sie ein. Tamino kam mit Hilfe der Ärzte zur Welt, 290 Gramm leicht, 24 Zentimeter klein und ohne Chance zum Überleben. Seine Schwester blieb im Bauch und wuchs weiter, legte zu auf über 500 Gramm. Doch dann stiegen wieder die Entzündungswerte, Blut kam, die Wehen. Die Ärzte sahen dennoch eine

Chance für die Kleine, gaben ihr eine Spritze zur Aktivierung der Lungen-tätigkeit. Die kleine Penelope kam zur Welt, doch alle Anstrengungen, Bemühungen, Kampf waren umsonst. Das Mädchen starb – in den Armen ihrer Eltern.

„Warum schon wieder, warum schon wieder“, die Fragen gehen Barbara und Mario Martin auch heute noch durch den Kopf. Über ein Jahr liegt die Geburt von Penelope zurück. Es gab und gibt Zuspruch und Halt von der Familie, von einigen Freunden. Sie sind einfach da, tragen mit an Trauer und Schmerz, spenden Trost. „Jetzt ist doch mal gut“, „Stellt Euch doch nicht so an“, „Hoffentlich haben sie daraus gelernt“ – auch das bekommt das Ehepaar zu hören. Wenn sie im Heimatort unterwegs sind, werden deshalb auch Umwege in Kauf genommen. Treffen mit Freunden geschehen ganz spontan, die unplanbare Trauer macht Verabredungen über Tage und Wochen immer noch zwecklos. „Irgendwie ist das wie im falschen Film, aber die Zeit läuft weiter“, sagt Mario. Und seine Frau ergänzt: Die Beziehung ist enger geworden. „Es gibt nichts mehr, über das wir uns aufregen müssten“, sagt sie noch.



Bund der Vertriebenen weist Kritik zurück

Bonn. Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat die Kritik von Außenminister Guido Westerwelle (FDP) an BdV-Präsidentin Erika Steinbach (CDU) und ihre Ambitionen auf einen Sitz im Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zurückgewiesen. Westerwelle irre, wenn er meint, dass es bei der Besetzung des Sitzes um persönliche Interessen Steinbachs gehe, sagte BdV-Generalsekretärin Michaela Hriberski gestern. Vielmehr gehe es um den Verband und den Respekt vor den Opfern von Flucht und Vertreibung. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) verwies in der ARD darauf, dass zunächst der Bund der Vertriebenen entscheiden müsse – erst dann werde die Bundesregierung darüber beraten. *ddp*

Amokläufer soll vor Militärgericht

Washington. Der Amokläufer vom texanischen Militärstützpunkt Fort Hood soll vor ein Militärgericht gestellt werden. Das entschieden das Verteidigungs- und das Justizministerium laut US-Medienberichten. Nach Angaben der US-Bundespolizei FBI gibt es keine Anzeichen, dass der muslimische Militärpsychiater Komplizen hatte oder Teil einer terroristischen Verschwörung ist. Major Nidal Malik Hasan schrieb jedoch E-Mails an einen radikalen islamischen Prediger, berichtete die „Washington Post“ gestern. *dpa*

„Atomwaffen sind Sache der Nato“

Berlin. Über den Abzug der restlichen US-Atomwaffen aus Deutschland muss nach Worten von US-Außenministerin Hillary Clinton die Nato beraten. „Das ist ein kompliziertes Thema, und meiner Meinung nach ist die Nato das richtige Forum, um all die Auswirkungen genau zu bedenken“, sagte Clinton im MDR. Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) will den Abzug der letzten US-Atomwaffen von deutschem Boden erreichen. Atomwaffengegner vermuten, dass die USA noch bis zu 20 Atombomben im rheinland-pfälzischen Büchel stationiert haben. *rtr*



Hillary Clinton

Die Resolution

„Wir fordern: Eine Anerkennung und ein Eintragungsrecht in die Bestandsbücher von allen geborenen Kindern, unabhängig von ihrem Gewicht“, lautet die Forderung der Unterschriftenaktion. Mehr als 19000 Frauen und Männer haben schon unterzeichnet, darunter auch Peter Lack (HR3) und Fernsehmoderatorin Miriam Pilhau.

„Der Tod unserer drei Kinder muss einen Sinn haben“, sagen Barbara und Mario Martin als Initiatoren. Sie wollen die gesammelten Unterschriften dem Petitionsausschuss des Bundestags in Berlin

überreichen, wollen erreichen, dass alle geborenen Kinder unter 500 Gramm anerkannt werden.

Die Idee zur Petition ist das Ergebnis aus Reaktionen auf die Homepage für Joseph-Lennard, die Mario Martins Schwester zum ersten Jahrestag erstellte. Es habe darauf zahlreiche Rückmeldungen von Betroffenen und auch nicht betroffenen Frauen und Männern gegeben.

Bis zum 30. November läuft die Aktion im Internet unter www.jltpw.jimdo.com, die vom Bundesverband für Verwaiste Eltern in Deutschland unterstützt wird.

Betreuung

„Wir können die Betroffenen nicht ohne priesterliche Seelsorge lassen“, sagt der katholische Pfarrer Helmut Gros. Er hat das Ehepaar Martin bei einem Erinnerungsgottesdienst im Dezember vergangenen Jahres in seiner Gemeinde in Niederselters kennengelernt. Eine Beerdigung und eine Betreuung dürfen sich nach Einschätzung des Pfarrers nicht an Gramzahlen orientieren.

„Wir können Menschen, Eltern in solchen Situationen nicht allein lassen, da müssen wir ran“, sagt Gros mit Blick auf bestehende Defizite und Lücken in der Betreuung über

den Pastoralen Raum hinaus. Immerhin gibt es durch die katholische Familienbildungsstätte des Bistums eine Anlaufstelle für Eltern von Sternenkindern rund um Limburg. Seit 1993 gibt es dort eine begleitende Gruppe für trauernde Eltern nach Fehl-, Früh- Totgeburt und plötzlichem Säuglingsstod. Mit dem im Jahr 2002 gegründeten „Arbeitskreis Kindergrabbal Limburg“ gelang es zudem, auf dem Friedhof in Limburg ein Kindergrab für Fehl- und totgeborene Kinder einzurichten. Der Arbeitskreis organisiert einmal im Vierteljahr eine Trauer- und Bestattungsfeier.

ZUM THEMA Frühgeburt und Gesetz

Der frühe Tod von Kindern ist keineswegs selten. „Eine Fehlgeburt im Verlauf der ersten 16 Schwangerschaftswochen gibt es bei rund 30 Prozent aller Schwangerschaften“, sagt Anke Urban, Oberärztin an der Frauenklinik des Limburger St.-Vincenz-Krankenhauses. Dabei seien auch Frauen mit eingerechnet, die ihre Schwangerschaft bis dahin nicht bemerkt haben und die die Fehlgeburt als verspätete Periode erlebten.

Nach Angaben der Oberärztin endet etwa ein Zehntel aller bewusst erlebten Schwangerschaften

mit einer Fehlgeburt. Die Quote der Totgeburten mit einem Gewicht von über 500 Gramm liegt deutlich tiefer. Nach Aufzeichnungen in den USA aus dem Jahr 2005 kommen dort auf 1000 Geburten etwa sechs toreborene Kinder.

Das Gesetz: In Paragraf 29, Absatz 3, der Ausführungsverordnung zum Personenstandsgesetz heißt es: Hat sich kein Merkmal des Lebens gezeigt und beträgt das Gewicht der Leibesfrucht weniger als 500 Gramm, so ist die Frucht eine Fehlgeburt. Sie wird in den Personenstandsregistern nicht beurkundet.

Helfer im Tschad entführt

Genf. Ein französischer Mitarbeiter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) ist im Tschad entführt worden. Der Agrarwissenschaftler Laurent Maurice sei Montag nacht nahe der Grenze zum Sudan von bewaffneten Männern verschleppt worden, teilte die Organisation gestern mit. Über die Entführer und ihr Motiv sei nichts bekannt. Die Hilfsorganisation stellte ihre Arbeit im Osten des Tschad vorübergehend ein. Das IKRK hat nach eigenen Angaben bereits Kontakt mit Behörden und „anderen Akteuren“ aufgenommen. *ap*

Rentner müssen mit zwei Nullrunden rechnen

Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung ist erst 2012 wieder mit einer Anhebung für die Senioren zu rechnen

Eine wegen der Lohnentwicklung drohende Rentenkürzung werde im kommenden Jahr nur durch die noch von der Großen Koalition beschlossene Rentengarantie verhindert.

Von Günther Voss (dpa)

Würzburg. Die Krise macht auch vor den rund 20 Millionen Rentnern in Deutschland nicht halt. Die jüngste außerplanmäßige Rentenerhöhung im Wahljahr war wohl nur eine Eintagsfliege. Schon 2010 wird sich die Durststrecke für die Ruhestandler fortsetzen: Dann müssen sie sich auf die nächste Nullrunde gefasst machen. Und im Jahr darauf sieht es kaum besser aus – die Spitze der Deutschen Rentenversicherung trat gestern allen Illusionen entgegen.

Bugwelle von Rentenabschlägen

Sozialverbände und Gewerkschaften hatten es befürchtet. Die Rentenreformen der letzten Jahre zeigen ihre negative, dämpfende Wirkung: Riesterfaktor und Nachhaltigkeitsfaktor führen dazu, dass mögliche Rentenerhöhungen regelrecht „aufgefressen“ werden. Da der Riesterfaktor für zwei Jahre ausgesetzt wurde, hat sich allein daraus ei-

ne „Bugwelle“ unterlassener Rentenabschläge aufgebaut, die in den Jahren nach 2012 sukzessive abgebaut wird – durch Halbierung dann anstehender Rentenerhöhungen.

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV), Alexander Gunkel, rechnete in Würzburg vor, dass

da einiges zusammenkommt. Zusammen mit der noch von der großen Koalition im Sommer beschlossenen Schutzklausel gegen Rentenkürzungen bei sinkenden Löhnen beläuft sich das Volumen an nicht vorgenommenen Rentenabschlägen auf 7 bis 8 Milliarden Euro. Es wird nach Einschätzung aller Fachleute lange dauern, bis die

Rentner dieses „Minuskonto“ wieder abgetragen haben. Bis dahin werden sie sich mit Mini-Erhöhungen begnügen müssen – bestenfalls.

„Mit Nullrunde gut bedient“

Eigentlich, so Gunkels Fazit, müssten die Renten im Westen im nächsten Jahr um 1,8 Prozent gekürzt werden, im Osten sogar um 2,8 Prozent. Bei einer Rente von 1000 Euro wären das Abschläge von 18 und 28 Euro im Monat. Da stehen die Rentner mit einer Nullrunde sogar noch recht gut da. Arbeitnehmer, die in der Krise ihren Job verloren haben oder kurz arbeiten müssen, sind durchweg stärker betroffen.

Zwar steht erst kommenden Frühjahr fest, was auf die Rentner 2010 tatsächlich zukommt. Es zeichnet sich aber bereits ab, dass die zuletzt teilweise kräftigen Tariflohnsteigerungen nicht oder nur zu einem Teil bei den Beschäftigten ankommen, etwa, weil Zulagen abgeschmolzen werden. Auch die Einkommensverluste vieler Kurzarbeiter drücken die Realeinkommen. Für das Gesamtjahr 2009 wird mit einem Lohnminus von 0,5 Prozent gerechnet, das nur wegen der neuen Rentengarantie nicht auf die Renten durchschlägt. Anfang Juli, also mitten in der Krise, hatten die Rentner

noch die höchste Rentensteigerung seit mehr als zehn Jahren erhalten: im Osten um 3,4 Prozent, im Westen um 2,4 Prozent. Dazu beigetragen hat, dass der Riesterfaktor für zwei Jahre – darunter für das Wahljahr 2009 – von der großen Koalition ausgesetzt worden war. Renten-Nullrunden hatte es zuletzt in den Jahren 2004 bis 2006 gegeben. Rechnet man die Inflation heraus, schrumpfte die Kaufkraft der Rentner aber deutlich. Die Kritiker sahen darin „effektive Minus-Runden“.

Kaufkraft schrumpfte dennoch

Dass sich die neue schwarz-gelbe Bundesregierung der sich neu abzeichnenden Durststrecke für die Rentner in den Weg stellen wird, ist kaum anzunehmen.

Dazu bedürfte es eines erneuten Aussetzens oder gar der Abschaffung der Dämpfungsfaktoren in der Rentenformel. Das aber würde über kurz oder lang steigende Beiträge und höhere Steuerzuschüsse an die Rentenkassen nötig machen, wozu Union und FDP kaum bereit sein dürften. In den Augen der Co-Vorsitzenden der Rentenversicherung, der DGB-Vorstandsfrau Annelie Buntenbach, ist das „eine ausgesprochen schlechte Nachricht für die Rentner“.



Seit heute Diskussionsthema auf vielen Parkbänken: Die Renten-Nullrunden. Foto: dpa

IMPRESSUM

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Geschäftsführung: Hans Homrighausen (Verlagsgeschäftsführer)
Burhard Petzold
Chefredakteur: Rainer M. Geller
Stellv. Chefredakteur: Dr. Hans Liedel und Thomas Ruhmüller
Chef vom Dienst: Peter Schmitt
Die verantwortlichen Redakteure:
Politik: Dr. Dieter Sattler, Blick in die Welt: Pia Rolfs; Hessen: Georg Haupt; Wirtschaft: Michael Balk; Kultur und Service: Michael Kluger; Sport: Michael Lennartz.
Redaktion und Verlag, Postanschrift: 60268 Frankfurt am Main, Hausadresse: Frankfurter Allee 71-81, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten. Telefon: (0 69) 75 01-0, Telefax: (0 69) 75 01-4292, E-Mail: frp.reaktion@fsd.de; Internet: <http://www.frp.de>
Anzeigen: Jürg Mattutat; Anzeigenverkauf: Zeitungsanzeigengeschäftsführer Rhein-Main-Mediabüro, Postfach 200221, 60406 Frankfurt am Main, Tel.: (0 69) 75 01 40 00, Telefax: (0 69) 75 01 41 65.
Anzeigenpreise laut RheinMainMedia-Anzeigenpreisliste Nr. 13a, gültig vom 31. Juli 2009 an. E-Mail: service@rhein-main-media.de; Internet: <http://rhein-main-media.de>
Vertrieb: Andreas Graubner
Monatsbezugspreis: Euro 27,85 (einschließlich Zustellertarif und 7% MwSt.).
Postbezug: Euro 28,85 (einschließlich Postvertriebsgebühren und 7% MwSt.).
Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf, Telefon: (0 69) 75 01 10, Telefax: (0 69) 75 01 4490
E-Mail: frp.leserservice@fsd.de
Banken: Deutsche Bank, Frankfurt am Main (BLZ 50070010), Konto-Nr.: 92722000; Commerzbank (BLZ 50080000), Konto-Nr.: 25000000; Frankfurter Sparkasse (BLZ 50050201) Konto-Nr.: 355054; Frankfurter Volksbank (BLZ 50190000), Konto-Nr.: 620013954; Postbank, Frankfurt am Main (BLZ 50010060), Konto-Nr.: 51134601.
Der Verlag übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandene Manuskripte, Fotos und Zeichnungen. Täglich mit „Kultur und Service“.

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.